

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

TELEFONNACHRICHTEN: 15 40

Freitag, 30. September 1983

Blatt 2643

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Bereits über FS

ausgesendet:      Umwelthearing zum Ausbau des Wiener Hafens  
(grau)

Kommunal:  
(rosa)

Wiener Gemeinderat  
Wiener Landtag  
Saisonbeginn für Pensionistenklubs  
Neue Ameisbrücke vorzeitig fertiggestellt  
Graz: Gemeinderat trauert um Ehrenbürger  
Pittermann  
Schärfere Maßnahmen gegen wildes Plakatieren

Lokal:  
(orange)

Budo-Europacenter für Wien

.....  
Bereits am 29. September 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

#### Umwelthearing zum Ausbau des Wiener Hafens (3)

=++++

14 Wien, 29.9. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) In der mehrstündigen Diskussion im Rahmen des Hearings legten sowohl Hafenleitung und Wirtschaftstreibende als auch Umweltschützer und Bürgerinitiativen ihre Standpunkte dar. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß der Schifftransport zu den umweltfreundlichsten Beförderungsarten zählt und ein Ausbau des Albernener Hafens für die Schifffahrt bzw. im Interesse der Wiener Wirtschaft nötig sei. Wien ist die zweitgrößte Stadt an der Donau, liegt umschlagsmäßig jedoch erst an zwanzigster Stelle. Vertreter des Hafens wiesen auch darauf hin, daß bereits mehrmals Konzepte erarbeitet und Kompromisse geschlossen wurden. Auch wurde ein eigener Grünbeauftragter für die Betriebsansiedlung engagiert. Von der Seite der Grünen vermisse man jedoch Kompromisse, wurde betont.

Die Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen dagegen sprechen sich gegen Rodungen und für die Erhaltung des Sauhafens aus. Gefordert wurde, außer dem Blauen Wasser auch den sogenannten Schneidergrund unter Schutz zu stellen. Stadtrat Schieder sagte daraufhin eine genaue Überprüfung der Möglichkeiten zur Unterschutzstellung zu. Wie die Bürgerinitiativen meinen, sei Simmering ohnehin bereits so stark belastet, daß man alle Erholungsflächen erhalten müsse.

Simmeringer Bezirkspolitiker, darunter auch Bezirksvorsteher Otto MRAZ, wiesen darauf hin, daß bereits vor Jahren ein Bezirksentwicklungskonzept vorgelegt wurde. Auch wird im 11. Bezirk durch Aufforstungen neues Grün geschaffen. Die Simmeringer Bezirksvertretung ist für den Ausbau des Hafens, bei dem auch LKW-Abstellplätze geschaffen werden sollen. Dafür beantragt die Bezirksvertretung ein Parkverbot für LKW in den Straßen des Bezirks.  
(Forts.) hs/gg

.....  
Bereits am 29. September 1983 über Fernschreiber ausgesendet  
.....

Umwelthearing zum Ausbau des Wiener Hafens (4)

=++++

15 Wien, 29.9. (RK-KOMMUNAL/POLITIK) Energiestadtrat Johann HATZL, der als Simmeringer Mandatar ebenfalls am Hearing teilnahm, wies darauf hin, daß der Ausbau der B 225 nicht in der ursprünglich vorgesehenen Form realisiert werden wird.

Gefordert wurde von den Umweltschützern auch ein Umdenken in der Bevölkerung. Eine Vertreterin einer Initiative verlangte allerdings auch, daß das Schüttgut, für das der Hafen Albern eine Fläche benötigt, auf dem rechten Donaudamm gelagert werden möge, um so die Rodungen zu ersparen. Genau dort entsteht aber ein kilometerlanger Großpark für die Bewohner der angrenzenden Bezirke.

In seinem Schlußwort betonte Schieder, bei der Diskussion sei klar geworden, daß eine überwiegende Mehrheit der Teilnehmer am Hearing für die Schifffahrt als umweltfreundliches Transportmittel ist und der Ausbau des Alberner Hafens möglichst umweltschonend durchgeführt werden muß. Überprüft wird außerdem, ob auch der Schneidergrund in den Schutz für das Blaue Wasser einbezogen werden kann. Es habe jedoch sicherlich auch dieses Gesprächs, dieser neuen Form des Dialogs zwischen Wirtschaft und Politikern sowie Naturschützern gebraucht. (Forts. mgl.) hs/gg

NNNN

Budo-Europacenter für Wien

=++++

1 #Wien, 30.9. (RK-LOKAL) Am Donnerstag, dem 4. Oktober, erfolgt die Grundsteinlegung, längstens Ende des Jahres 1984 sollen die Bauarbeiten für ein Budo-Europacenter in Wien 10, auf den Wienerberggründen, abgeschlossen sein. Damit wird die Bundeshauptstadt über ein weiteres Sportzentrum verfügen, das dem Spitzen- und Breitensport dienen wird. Die Baukosten von rund 50 Millionen Schilling werden zur Gänze von der Tokai Universität in Japan getragen, die Stadt Wien hat dafür den Grund zur Verfügung gestellt. Budo ist ein japanischer Sportbegriff, der Judo und ähnliche Sportarten umfaßt.#

Neben den entsprechenden Trainingsräumen, einer Sauna und einem Restaurant wird eine Halle in der Größe eines Dreifachturnsaals errichtet, die 1.200 Besuchern Platz bieten wird. Die Grundsteinlegung am 4. Oktober (15 Uhr) nehmen Dr. Eng Shigeyoshi MATSUMAE, der Präsident der Tokai Universität und des Judo-Weltverbandes, Bürgermeister Leopold GRATZ und Sportstadtrat Franz MRKVICKA vor. Die Vertragsunterzeichnung erfolgt anschließend um 16.30 Uhr im Roten Salon des Rathauses. (Schluß) hof/jh

NNNN

## Saisonbeginn für Pensionistenklubs

=++++

2 #Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Kommenden Montag, den 3. Oktober, werden in Wien 182 Pensionistenklubs - das sind um 4 Klubs mehr als im Vorjahr - ihren Betrieb aufnehmen. Drei weitere neue Klubs im 6. Bezirk, Loquaipplatz 5, im 13. Bezirk, Trauttmansdorffgasse 3, und im 21. Bezirk, Jedlersdorfer Straße 98, werden zu einem späteren Zeitpunkt in Betrieb genommen. Die Pensionistenklubs sind bis 27. April 1984 jeweils Montag bis Freitag in der Zeit von 13 bis 18 Uhr geöffnet. #

Laut Sozialstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER gehören die Pensionistenklubs der Stadt Wien zu den beliebtesten Einrichtungen für die ältere Generation. Dementsprechend wurden in der vergangenen Saison auch rund 13.000 Klubbesucher gezählt. Aus diesem Grund hat die Stadtverwaltung die Zahl der Klublokaltäten für die nunmehr beginnende Betriebsperiode erhöht.

Im Rahmen der Betreuung wird es in den Klubs wieder zahlreiche Veranstaltungen wie Filmvorführungen, bunte Nachmittage, Vorträge und so weiter geben. Außer der täglichen kostenlosen Jause werden die Klubbesucher zweimal im Monat zu einem Mittagessen eingeladen.

Wie der Stadtrat abschließend betonte, haben sich die städtischen Pensionistenklubs als ein wirksames Mittel gegen die Einsamkeit vieler alleinstehender älterer Menschen erwiesen.

(Schluß) zi/ap

NNNN

Neue Ameisbrücke vorzeitig fertiggestellt

Utl.: Ab Montag mittag befahrbar

=++++

3 #Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Die neue Ameisbrücke, eine der wichtigsten Straßenverbindungen über die Westbahn im 14. Bezirk, konnte, wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, erfreulicherweise früher als vorgesehen fertiggestellt werden. Sie wird kommenden Montag um 12 Uhr für den Verkehr freigegeben. Die 60 Meter lange und 20 Meter breite Einfeldbrücke hat in jeder Richtung zwei Fahrspuren und einen überbreiten Gehweg. Sie wurde - einschließlich der vorbereitenden Arbeiten im Bahnbereich - in 14 Monaten errichtet und kostet mit den anschließenden Straßenneubauten rund 58 Millionen Schilling.#

Die neue Brücke ist eine Stahlkonstruktion, deren neun Stahllängsträger durch eine bis zu 30 Zentimeter starke Stahlbetonfahrbahnplatte verbunden sind. Für Tragwerk und Unterbau wurden rund 640 Tonnen Stahl und rund 960 Kubikmeter Stahlbeton verwendet.

Im Zusammenhang mit dem Brückenbau wurde auch der Kreuzungsbereich Linzer Straße neu gestaltet. Zwei Warteinseln sorgen jetzt dort für mehr Sicherheit für die Straßenbahnbenutzer. Ebenfalls aus Sicherheitsgründen wurde auf der Kreuzung Ameisbrücke/Karlingergasse eine neue Verkehrslichtsignalanlage installiert.

Vorläufig gesperrt bleiben die Karlingergasse stadtauswärts bis zur Ameisbrücke beziehungsweise die Abfahrt von der Ameisbrücke in die Karlingergasse stadteinwärts. Dieses Straßenstück wird im nächsten Frühjahr fertiggestellt werden.

In der Karlingergasse von der Ameisbrücke stadtauswärts wird es einige Tage noch geringfügige Behinderungen geben, da zum Teil noch die Gehsteigbeläge aufgebracht werden müssen. (Schluß) sc/gg

NNNN

Heinz Conrads mit Gertrude Fröhlich-Sandner im Prater

Utl.: Ehrung zum 70. Geburtstag

=++++

4 #Wien, 30.9. (RK-LOKAL) Radio- und TV-Liebling Heinz Conrads ist morgen, Samstag, im Wiener Prater zu Gast. Zu seinem 70. Geburtstag wird Conrads die Ehrenmitgliedschaft des Praterverbandes überreicht. Die Laudatio auf Heinz Conrads - wie der Prater ein Stück klassisches Wienertum - hält Vizebürgermeisterin Gertrude Fröhlich-Sandner.#

Zum Festakt, der um 13.30 Uhr auf dem Calafatiplatz stattfindet, fahren Conrads, Fröhlich-Sandner und weitere Ehrengäste vom Rathaus stilgerecht mit einer Oldtimer-Straßenbahn. An der Kurbel des Führerstandes: Conrads' alter Freund und Klavierbegleiter Prof. Norbert Pawlicki. Auch in der TV-Sendung "Guten Abend am Samstag" zeigt Heinz Conrads seine Verbundenheit mit dem Wiener Prater. (Schluß) red/ko

NNNN

Gratz: Gemeinderat trauert um Ehrenbürger Pittermann

=++++

5 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) In der Sitzung des Wiener Gemeinderates am Freitag gedachte Bürgermeister Leopold GRATZ in Anwesenheit von Dr. Elisabeth PITTERMANN in einem kurzen Nachruf des ehemaligen Vizekanzlers und Ehrenbürgers von Wien Dr. Bruno PITTERMANN. Dabei wies Gratz darauf hin, daß über die trockenen Daten eines Lebenslaufes hinaus im Leben des Dr. Pittermann vor allem die begeisterte Mitarbeit in der Sozialdemokratischen Partei der Ersten Republik, Erschütterung und Zorn über die Zerschlagung der Demokratie, die Erniedrigung des Anschlusses und der Verfolgung, Wut über die Verfolgungen der Diktatur und Mitgefühl mit deren unschuldigen Opfern, aber auch der unbeirrbar Glaube an das Wiederauferstehen Österreichs im Vordergrund standen. Alle, die das Glück hatten, ihn näher zu kennen, hätten ihn in fünffacher Hinsicht in Erinnerung, meinte Gratz:

Erstens als großen Parlamentarier mit intellektueller Brillanz, mit der er auch einer jungen Politikergeneration als Lehrer diente. Schließlich sei der Parlamentarismus das Bollwerk der Demokratie gewesen in jenen Tagen, als niemand eine Garantie für die Zukunft eines freien Österreich abgeben konnte.

Zweitens als Vorkämpfer der europäischen Idee, die heute wieder in Gefahr geraten ist, in der europäischen Bürokratie zu ersticken.

Drittens als einen Überzeugten und in den Grundsätzen kompromißlosen Sozialdemokraten, der gerade deswegen in der Lage war, mit politisch Andersdenkenden zusammenzuarbeiten und auch den in der Demokratie notwendigen Kompromiß zu finden.

Viertens als einen jener Männer, die einander über den Graben der Ersten Republik die Hände reichten. Für den Humanisten Pittermann sei die menschliche Aussöhnung früherer Gegner ein inneres Anliegen gewesen.

Fünftens bleibe Dr. Pittermann als warmherziger und fröhlicher Mensch, als guter und treuer Freund in Erinnerung. Bei aller intellektuellen Brillanz waren ihm nicht abstrakte Theorien und Begriffe das Wesentliche, sondern der Mensch mit allen seinen Ängsten, Nöten, Zielen und Sehnsüchten, betonte Gratz. Wien und die Wiener werden Dr. Pittermann immer in Erinnerung behalten. (Schluß)

rü/ap

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

6 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Freitag um 9 Uhr unter dem Vorsitz von GR. MAYRHOFER (SPÖ) zu seiner ersten Geschäftssitzung nach der Sommerpause zusammen. Die Sitzung begann mit einer Trauerfeier für den verstorbenen Ehrenbürger der Stadt Wien Dr. Bruno PITTERMANN. Bürgermeister Leopold GRATZ hielt eine Gedenkrede (siehe eigene RK).

Im Anschluß daran begann die Fragestunde.

Die ERSTE ANFRAGE richtete GR. Dr. KRASSER (ÖVP) an den Bürgermeister, ob angesichts der Ergebnisse von Untersuchungen im Schlachthof St. Marx, bei denen krebserregende Hormone im Kalbfleisch festgestellt wurden, die Kontrolluntersuchungen an Fleisch und Fleischwaren ausreichend sind.

Bürgermeister Leopold GRATZ stellte fest, daß die Anordnung zur Kontrolluntersuchung mit Bundesgesetz der Gemeinde übertragen wurde. Aus diesem Grund habe er die Durchführung der Kontrolluntersuchungen angeordnet. Es handelt sich jedoch um Laboruntersuchungen, die vom Fleischuntersuchungstierarzt nicht durchgeführt werden können, weil die sogenannten Ausgangsmaterialien, wie Kot und Galle, nicht mehr zur Verfügung stehen. Bürgermeister Gratz betonte, daß von den wöchentlich zwischen 21.000 bis 35.000 Kilogramm verzehrtem Kalbfleisch ein Bruchteil in Wien geschlachtet wird und der Rest aus den anderen Bundesländern eingebracht wird.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob aus der Verordnung hervorgehe, daß nur Stichprobenuntersuchungen durchgeführt werden, stellte Bürgermeister Gratz fest, daß es Kompetenzdifferenzierungen gebe, die für Nichtjuristen nur schwer verständlich seien. (Forts.) fk/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

7 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der Bürgermeister bereit sei, sich gemeinsam mit dem Gesundheitsminister für eine Untersuchung VOR der Schlachtung einzusetzen, stellte Bürgermeister Gratz fest, daß er prinzipiell für diese Vorgangsweise eintrete. Der Gesundheitsminister mache sich gemeinsam mit dem Landwirtschaftsminister Gedanken darüber, ob nicht eine freiwillige Selbstkontrolle bereits bei der Tierhaltung ein echter Ausweg sei.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPÖ), welche Maßnahmen die Stadt Wien einleite, um ein weiteres Absinken der Zahl von Industriearbeitsplätzen in der Bundeshauptstadt zu verhindern, betonte StR. MAYR (SPÖ), daß es heute vorrangig darum gehe, Maßnahmen zu treffen, damit der internationale Wirtschaftseinbruch abgewehrt werden könne. Der Dienstleistungssektor sei nicht mehr in der Lage, freigesetzte Arbeitnehmer aus der Industrie aufzusaugen. Außerdem sei die Ostregion schwerer betroffen, der Andrang auf offene Stellen ist in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Burgenland höher als in der Westregion. An Maßnahmen nannte StR. Mayr den Wirtschaftsförderungsfonds, die Innovationsgesellschaft und finanzielle Anreize. So sei es auch denkbar, daß die Stadt Wien vom Magistrat erarbeitete EDV-Software-Pakete der Wirtschaft zur Verfügung stellt. Weiters müßten günstige Finanzierungsmöglichkeiten angeboten werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob freigesetzte Industriearbeiter Chancen hätten, im Gewerbe unterzukommen, stellte StR. Mayr fest, daß hier eng mit den Sozialpartnern zusammengearbeitet wird. In diesem Zusammenhang dürfe auch die Lehrstellenförderung nicht vergessen werden. Ihm persönlich gehe es darum, sagte Mayr, daß für junge Menschen ohne Parteipolitik Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Forts.) fk/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

8 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es Möglichkeiten gibt, daß die Bundesländer der Ostregion mehr zusammenarbeiten und keine Abwerbungsstrategien betreiben, sagte StR. Mayr, daß seit der Gründung der Planungsgemeinschaft Ost bereits Fortschritte erzielt wurden. In der Ostregion handle es sich um eine engverflochtene Wirtschaftsregion, bei der ein Gegeneinander ein großer Fehler sei. Er peile eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit an. (Forts.) fk/ko

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

9 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. NEUMANN (ÖVP), wie es im Rechtsstreit zwischen den EBS und der Firma Inor betreffend die fehlerhaften Mahltrockner bei den EBS steht, sagte StR. MAYR, daß die Firma Inor trotz mehrmaliger Fristerstreckung das Problem der Mahltrockner technologisch nicht lösen und keinerlei effiziente Maßnahmen setzen konnte, um das Ziel zu erreichen, den Klärschlamm in den Mahltrocknern besser verbrennbar zu machen. Die EBS erklärten daher am 26. Februar 1982 ihren definitiven Rücktritt vom Vertrag mit der Firma Inor. Der Klage der EBS gegen die Firma Inor steht derzeit eine Gegegenklage der Inor gegenüber, die behauptet, der Klärschlamm entspreche nicht den vereinbarten Voraussetzungen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob durch den Tatbestand der Stadt Wien nicht ein Verlust von 90 Millionen Schilling für die Anschaffung neuer Mahltrockner erwachse, sagte Mayr, daß sich die finanziellen Konsequenzen im Gerichtsverfahren klären werden. Er glaube an eine gute Ausgangsposition für die EBS.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie es im Rechtsstreit mit dem ehemaligen EBS-Direktor Hübl stehe, sagte Mayr, daß Hübl wegen des Verdachtes der persönlichen Bereicherung fristlos entlassen worden sei. Sollte das Gerichtsverfahren diesen Vorwurf bestätigen, sei die fristlose Entlassung zweifellos gerechtfertigt. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

10 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), welche Schritte von der MA 7 unternommen werden, um das Ehepaar Leherb-Proföhs zur Rückzahlung der für den Ankauf des Hauses Franziskanerplatz 6 gewährten Subvention von zwei Millionen Schilling zu veranlassen, sagte StR. MRKVICKA, daß die Subvention nicht zum Ankauf des Hauses, sondern zu dessen Revitalisierung gewährt wurde. Nach dem Verkauf im Jahr 1982 an die Ärztekammer hat die MA 7 diesen Betrag gemäß den Statuten des Altstadterhaltungsfonds zurückgefordert. Die Argumentation des Ehepaares Leherb-Proföhs, es habe sich um einen Notverkauf gehandelt, werde derzeit durch einen Sachverständigen geprüft.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, warum die Magistratsdirektion, die die Rechtslage als eindeutig betrachte, nicht zur Klageführung ermächtigt werde, sagte Mrkvicka, daß man bei einem Notverkauf aus Billigkeitsgründen von der Rückforderung absehen könne. Die entsprechende Prüfung sei im Gange.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es vertretbar sei, dem Ehepaar Leherb-Proföhs, das das Haus um 25 Millionen Schilling verkauft habe, zwei Millionen zu schenken, sagte Mrkvicka, die MA 7 werde auf Grund der Prüfungsergebnisse handeln. (Forts.) gab/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

11 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. NUSSBAUM (SPÖ), wie die Aktion "Sportplatz der offenen Tür" in diesem Jahr durchgeführt worden sei, antwortete StR. MRKVICKA (SPÖ), heuer seien 17 Sportanlagen, hauptsächlich während der Schulferien, den Sechs- bis 15jährigen zur Verfügung gestanden, davon sechs auch während der Vormittagsstunden. Die Beaufsichtigung der Jugendlichen durch erfahrenes Personal habe sich wieder voll bewährt.

Höhepunkt dieser zum 17. Mal durchgeführten Aktion sei die große Abschlußveranstaltung am 3. September in der Sportanlage Lorenz-Müller-Gasse gewesen. Insgesamt haben etwa 32.000 Kinder an den verschiedenen Aktivitäten teilgenommen.

Auf die ZUSATZFRAGE, ob er vorhabe, diese Aktion weiterzuführen, antwortete StR. MRKVICKA, falls im Voranschlag für das kommende Jahr darauf Bedacht genommen wird, werde er dies gerne veranlassen.

(Forts.) roh/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

12 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Ing. WORM (ÖVP), wie hoch die Kosten der Sanierung des

"Entsorgungskombinats" Hauptkläranlage/EBS sein werden, um in Zukunft eine rasche und problemlose Entsorgung zu gewährleisten, antwortete StR. SCHIEDER (SPÖ), er werde in der Oktobersitzung des Gemeinderates diesbezüglich eine Lösung vorschlagen. Eine umfassende Lösung, in der alle Komponenten der Entsorgung enthalten sind, wird spätestens im November vorliegen. Darüber hinaus könne er zum heutigen Zeitpunkt noch keine weiteren Informationen vorlegen.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, welche Mengen des von den EBS nicht bewältigten Klärschlammes in den letzten drei Monaten in den Donaukanal geleitet werden mußten, antwortete StR. Schieder, er könne diese Frage aus dem Gedächtnis nicht beantworten.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wie die Aufstockung der Deponie Rautenweg in Kagran in das Müllbeseitigungskonzept passe, antwortete StR. Schieder, er sehe in dieser Zusatzfrage keinen Bezug zur Hauptfrage und habe sich daher darauf auch nicht vorbereiten können. Aus dem Stegreif könne er dazu sagen, daß durch die Aufstockung die Anlage Rautenweg in einen Zustand gebracht werden soll, der garantiert, daß keine Beeinträchtigung der Umwelt durch den hier deponierten unsortierten Hausmüll erfolgt. Die Magistratsabteilung 15 habe die notwendigen Kontrollen bezüglich des Grundwassers durchgeführt, es sind in dieser Hinsicht keine Belastungen zu befürchten. (Forts.) roh/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

13 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. HAAS (SPÖ), ob er der Auffassung von Staatssekretär Ferrari-Brunnenfeld sei, daß eine weitere Sondermüllanlage in Österreich gegenwärtig nicht benötigt werde und der Sonermüll aus dem Westen Österreichs in den EBS entsorgt werden solle, antwortete StR. Schieder, daß die Wiener Anlage zwar einen Großteil des derzeit in Österreich anfallenden Sondermülls bewältigen könne, sicherlich aber nicht den ganzen. Außerdem sei eine Vergrößerung der in Österreich anfallenden Sondermüllmenge für die nächste Zeit zu erwarten. Wien könne voraussichtlich den Sondermüll der Bundesländer Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten übernehmen, der Sondermüll müßte aber bereits dort gesammelt und kontrolliert werden. Als Belastungsausgleich sollten diese Bundesländer die Deponierung des in Wien verarbeiteten Sondermülls übertragen bekommen.

Auf die ZUSATZFRAGE, ob er die Meinung des zuständigen Ministers zu dieser Frage kenne, antwortete StR. Schieder, auch der Umweltminister sei der Ansicht, daß eine einzige Anlage nicht ausreichen werde.

Zur ACHTEN ANFRAGE von GR. HENGELMÜLLER (SPÖ) an StR. SCHIEDER, welche Möglichkeiten er seitens der Stadtverwaltung sehe, das wilde Plakatieren auf öffentlichen Flächen, Verkehrszeichen und Bäumen etc. zu unterbinden, wird auf die diesbezüglich Aussendung der "RATHAUSKORRESPONDENZ" verwiesen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Anfragen und Anträge

=++++

16 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Dem Gemeinderat lagen ANTRÄGE der öVP betreffend die Verbesserung der Sicherheitsverhältnisse in Wien, die Restaurierung des St.-Marxer-Friedhofes, die Änderung der Richtlinien zur Subventionierung der Begrünung von Innenhöfen, die Schaffung eines öffentlichen Parkplatzes auf dem Areal der ehemaligen Endstation der Linie "360", die kostenlose Einfahrt in den Zentralfriedhof für schwer Gehbehinderte und die Befestigung von Wirtschaftswegen in Mauer und Kalksburg sowie ein ANTRAG der FPÖ betreffend die Änderung der Anspruchsvoraussetzungen für den Sozialpaß "P" vor. Die Anträge wurden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Außerdem wurden acht Anfragen der öVP und eine Anfrage der FPÖ zugewiesen.

Die DRINGLICHE öVP-ANFRAGE betreffend soziale Maßnahmen zur Minderung der Belastungen aus dem Belastungspaket der Bundesregierung (3-jähriger Gebühren- und Tarifstopp) wird vor dem Ende der heutigen Sitzung des Gemeinderates behandelt. (Forts.)  
ger/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Fußgängerzonen und verkehrsberuhigte Zonen

=++++

17 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Zum Antrag von GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) auf Erhöhung des Sachkredites für die Schaffung von Fußgängerzonen, Wohnstraßen und verkehrsberuhigten Zonen stellte GR. OBLASSER (SPÖ) fest, er begrüße die grundsätzlich positive Haltung der ÖVP zur Einrichtung von Wohnstraßen. Oblasser betonte, daß es keineswegs eine Zwangsbeglückung der Bevölkerung mit Wohnstraßen gebe. Nirgends wurde gegen den Willen der Anrainermehrheit eine Wohnstraße eingerichtet.

Im Rahmen der Stadterneuerung gelte es nicht allein, die Wohnung zu verbessern, sondern den engeren Lebensraum schlechthin.

Neben dem Stadterneuerungseffekt kommt der Verkehrsberuhigung natürlich auch ein verkehrsorganisatorischer Stellenwert zu. Es ist keineswegs so, daß einfach einem Modetrend nachgegeben wird, sondern diese Maßnahmen entsprechen einem echten Bedürfnis der Bevölkerung.

In seinem Debattenbeitrag kritisierte GR. ARTHOLD (ÖVP) das Fehlen eines Konzeptes. Er forderte neben der Einrichtung von Wohnstraßen, Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Zonen auch die Setzung von flankierenden Maßnahmen. Man dürfe nicht, betonte Arthold, einer Gruppe Vorteile durch die Einrichtung einer verkehrsberuhigten Zone schaffen, wenn dies auf Kosten der Anrainer anderer Straßen geschieht. Arthold kritisierte, daß ein früher erstelltes Spielstraßenkonzept nicht verwirklicht wurde.

Von einer Verkehrsberuhigung könne gerade im Bereich Praterstern, Jörgerstraße/Hernalser Hauptstraße und Gersthofer Platzl nicht die Rede sein, sagte Arthold. Aus Mitteln der Stadterneuerung werden, wie diese Beispiele zeigen, Löcher gestopft, die durch das normale Budget nicht mehr bedeckt werden können.

In seinem Schlußwort hob GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) hervor, daß Verkehrsberuhigung, wie das Beispiel Gersthofer Platzl zeige, auch den Verkehrssicherheitsaspekt mit einschließe.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) jel/ko

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: Rechnungshofbericht zur Innenrevision

=++++

18 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Mag. ZIMA (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Bericht über das Ergebnis der Überprüfung der Einrichtungen der Innenrevision der Stadt Wien durch den Rechnungshof zur Kenntnis zu nehmen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte fest, er habe im Gemeinderat oft Prüfberichte der Kontrollbehörden lobend hervorgehoben. Der Rechnungshof habe sich konkret mit der Innenrevision beschäftigt. In seinem Bericht gebe er ausführlich wieder, was es an derartigen Einrichtungen in Wien gibt. Es fehle aber ein entscheidender Teil, nämlich die Bewertung der Arbeit und die Beurteilung der Einrichtungen.

In seinem Schlußwort hob GR Mag. ZIMA hervor, daß es sich um keinen ausschließlich formalen Bericht handelt. Man könne sagen, daß dort, wo keine Kritik geübt wird, eben nichts zu kritisieren sei.

ABSTIMMUNG: einstimmig angenommen. (Forts.) fk/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum

=++++

19 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte, dem österreichischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum für die Vorbereitung der Ausstellung "Von der Großmutter zum Enkel - Leben und Wohnen in Wien seit der Jahrhundertwende" einen Förderungszuschuß in der Höhe von 400.000 Schilling zu gewähren.

GR. PROCHASKA (ÖVP) warf dem Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum Einseitigkeit und Unobjektivität bei der Ausstellungsgestaltung vor. Im übrigen fordere das Museum immer wieder neue Subventionen für thematisch ähnliche Ausstellungen mit ganzen Gruppen von gleichen Exponaten. Die Gesamtforderung von 1,2 Millionen für die kommende Ausstellung sei sehr hoch.

GR. Dr. AIGNER (SPÖ) entgegnete, Prochaska gehe es nur um die Polemik. Es gebe auch ÖVP-Vertreter im Kuratorium des Museums, die durchaus nicht der Meinung Prochaskas zu sein scheinen. Das Museum habe in der letzten Zeit interessante Ausstellungen gezeigt und dabei komplizierte gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenhänge leicht faßlich dargestellt. Der Beschluß zur Gewährung des Förderungszuschusses von 400.000 Schilling bedeute schließlich nicht, daß unbedingt weitere Raten in gleicher Höhe gezahlt würden.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) sagte, er habe als Kuratoriumsmitglied an der Sitzung teilgenommen, in der die Ausstellung beschlossen wurde. Damals habe man allerdings von Kosten in der Höhe einer halben Million gesprochen. Im übrigen gebe es nach wie vor kein entsprechendes Museumskonzept.

StR. MRKVICKA erklärte, daß die Vorprüfungen die erste Subventionsrate für die Ausstellung durchaus gerechtfertigt erscheinen lassen. Schließlich regte Mrkvicka ein Gespräch mit der Führung des Museums zur Klärung der gestellten Fragen an.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen.

(Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Subventionen

=++++

20 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. HANKE (SPÖ) beantragte, Subventionen in der Höhe von 1,4 Millionen Schilling, darunter 160.000 Schilling für das Wiener Volksbildungswerk, zu genehmigen.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) kritisierte, daß das Wiener Volksbildungswerk hier nur als "Handlanger" für den Verein für aktive Kunst tätig wird, der die Subvention bekommen soll. Die Begründung für die Subvention umfaßt bloß vier Maschinschreibzeilen, und man weiß nicht, wofür das Geld gegeben wird. Es sei bedauerlich, so Kauer, daß ein so unvollständiger Akt vorgelegt werde.

GR. Hanke erklärte in seinem Schlußwort als Berichterstatter, daß die vielen Aktivitäten des Vereins bekannt seien. Der Verein sei jedoch in finanzielle Schwierigkeiten gekommen, und man sei nun bemüht, die Schwierigkeiten im Interesse der vielen jungen Künstler zu beseitigen.

ABSTIMMUNG: Die Subvention an das Volksbildungswerk wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ, die restlichen Subventionen wurden einstimmig angenommen. (Forts.) sei/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (14)

Utl.: ARBÜ-Liegenschaft Mariahilf

=++++

21 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPö) stellte den ANTRAG, den Verzicht des ARBö auf eine von der Stadt Wien bereits außerbücherlich erworbene Teilgrundfläche in der Wallgasse in Mariahilf unter Gewährung einer Entschädigung von 5,2 Millionen Schilling und eines Kostenbeitrages für bereits aufgelaufene Planungsarbeiten für ein Bürogebäude in Höhe von einer Million Schilling zu genehmigen. Auf diesem Grundstück soll eine Grünfläche eingerichtet werden.

StR. FÜRST (ÖVP) bezeichnete den vorliegenden Akt als Eingeständnis einer bisher verfehlten Grünpolitik der Stadt Wien. Weil man in der Vergangenheit zuviel Geld für Grünflächen am Stadtrand ausgegeben und die Innenstadt vernachlässigt habe, müsse Versäumtes jetzt durch teuren Ankauf von Liegenschaften im dichtverbauten Gebiet nachgeholt werden. Dabei werde aber sehr unterschiedlich vorgegangen. So sei zum Beispiel auf die Blindenheimgründe in der Josefstadt wegen einer Preisdifferenz von 500 Schilling pro Quadratmeter verzichtet worden, dort errichtet jetzt die Pensionsversicherung der Beamten ein Bürohaus.

Die Vorgangsweise der Stadt Wien beim gegenständlichen Grundstück bezeichnete StR. Fürst als planlos und unkorrekt. Man habe seinerzeit auf eine Auflösung des Vertrages verzichtet, dann das Grundstück sogar auf Bauklasse VI umgewidmet, was die Errichtung eines Hochhauses ermöglicht hätte, und dann wieder eine Rückwidmung auf Grünland beschlossen. Dadurch seien die Kosten von nunmehr 6,2 Millionen Schilling entstanden, die seitens des ARBö jetzt korrekterweise gefordert würden. Davon hätte sich die Stadt Wien bei anderer Vorgangsweise vier Millionen Schilling ersparen können. Anscheinend hätten die guten Beziehungen des Generalsekretärs des SPö-nahen ARBö zu den damals zuständigen Stadträten diese unkorrekte Vorgangsweise bewirkt. (Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (15)

Utl.: ARBö-Liegenschaft Mariahilf

=++++

22 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) stellte fest, daß der ARBö freiwillig von seinem Recht auf dieses Grundstück zurückgetreten sei. StR. Fürst habe versucht, durch Halbwahrheiten den Eindruck einer nicht korrekten Vorgangsweise hervorzurufen. Daß es im dichtverbauten Gebiet zu wenig Grünflächen gebe, sei nicht Schuld der SPö, sondern ein Erbe der Gründerzeit und der Christlichsozialen Partei. Heute ist es unserer Aufgabe, sagte Svoboda, diese Fehler der Vergangenheit auszubessern. Die ÖVP sei zwar grundsätzlich immer für die Schaffung von Grünflächen, im konkreten Fall werde aber immer versucht, krampfhaft Argumente dagegen zu finden.

Dem vorliegenden Akt liegen einstimmige Beschlüsse des Gemeinderates zugrunde, die Entschädigung von 5,2 Millionen Schilling entspreche dem Grundpreis von 12.000 Schilling pro Quadratmeter, die eine Million sei nur eine teilweise Rückvergütung für die bereits aufgelaufenen Planungskosten. Man dürfe auch nicht vergessen, daß in der Entschädigung keine Stornogebühr für den weiteren Planungsauftrag enthalten sei, wie sie in der Privatwirtschaft üblich wäre. Die ursprüngliche Verhandlungsbasis sei bei mehr als zwölf Millionen Schilling gelegen.

Eine unkorrekte Vorgangsweise könne er nicht feststellen, erklärte Svoboda, solche Vorgänge seien eher in der ÖVP üblich, wie die Berichte GR. Worms über die niederösterreichische Volkspartei zeigten. "Wir haben keine Zimpers in unseren Reihen", sagte Svoboda abschließend.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)  
roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (16)

Utl.: Beschleunigung der Linie "71"

=++++

23 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Zum ANTRAG von GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), den Sachkredit für die Beschleunigungsmaßnahmen der Straßenbahnlinie "71" von 33,1 auf 46 Millionen Schilling zu erhöhen, stellte GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) fest, daß trotz Investitionen in Millionenhöhe eine Beschleunigung nicht erreicht werden könne, solange eine sorgfältige Planung fehle. Die Verkehrsmaßnahmen, wie die Linksabbiegespur am Rennweg zur Jacquingasse, führen im Kreuzungsbereich Rennweg/Fasangasse/Ungargasse zu Stauungen. Außerdem sei der verstärkte Verkehrsfluß in der Jacquingasse zu einer starken Belastung für die Anrainer geworden. GR. Pawkowicz betonte, es sei zuwenig, kurze Streckenabschnitte zu beschleunigen. Ein umfassendes Verkehrskonzept sollte auch eine Anbindung der Linie "71" an das U-Bahn-Netz enthalten.

GR. HAAS (SPÖ) erklärte, daß gerade die Linie "71" als Radiallinie besonders wichtig sei. Für die Endstation der Linie "71" in Simmering sei ein Park-and-Ride-Platz beim Klein-Schwechater-Bahnhof im Gespräch. Außerdem kündigte Haas eine bessere Verkehrsüberwachung beim Sacre Coeur an.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) erklärte in seinem Debattenbeitrag, es handle sich bei der Beschleunigung der Linie "71" nur um einen Teilaspekt der Verkehrssituation im 3. Bezirk. Wenn 1984 der Ausbau der Weißgerberländer, der B 1 am Heumarkt sowie Arbeiten in der Landstraße, der Wassergasse und der Invalidenstraße in Angriff genommen würden, drohe ein Verkehrschaos. Solch eine Horrorvision dürfe in einer gutfunktionierenden Stadtverwaltung nicht Wirklichkeit werden.

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) unterstrich abschließend den Vorrang des öffentlichen Verkehrs, dem dieser Antrag gerecht werde.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (17)

Utl.: Verkehrsberuhigung im Hörnes-Viertel

24 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPÖ) stellte den ANTRAG, den Betrag von 24 Millionen Schilling zur Schaffung von verkehrsberuhigten Zonen im Hörnes-Viertel (2. und 3. Bauabschnitt), zu genehmigen.

Das Hörnes-Viertel im 3. Bezirk bezeichnete GR. SEVCIK (SPÖ) als ein Beispiel für eine gelungenen Großflächensanierung. In diesem Viertel wohnen viertausend Bürger, die Haussubstanz ist im großen und ganzen in Ordnung. Das Ergebnis der Volkszählung hat gezeigt, daß die Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und das Pflanzen von Bäumen und Sträuchern von der Bevölkerung angenommen werden. Die Abnahme der Wohnbevölkerung konnte verhindert werden. Der erste Bauabschnitt wird noch im Spätherbst 1983 fertig.

Die Sanierung des Hörnes-Viertels ist ein Teil des Arbeitsprogrammes 1983 bis 1988, stellte GR. VEJTISEK (SPÖ) in seinem Schlußwort fest. Es ist gelungen, ein gutes Beispiel der "Sanften Stadterneuerung" zu verwirklichen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) fk/jh

NNNN

Wiener Gemeinderat (18)

Utl.: Städtisches Wohnhaus

=++++

25 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPö) beantragte einen Sachkredit mit dem Gesamterfordernis von 61,850.000 Schilling für die Errichtung eines städtischen Wohnhauses in der Ottakringer Straße 188 mit insgesamt 68 Wohnungen.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte, die ÖVP werde dieses Projekt ablehnen, da es sich nicht in das Stadtbild einfüge. Neben der technischen Funktionsfähigkeit und der Wirtschaftlichkeit müsse man im Wohnhausbau auch die ästhetische Komponente berücksichtigen. Im speziellen Fall werde die "Zehner Marie", ein Ottakringer Wahrzeichen, bald von Wolkenkratzern eingekeilt sein. Man müsse in der Zukunft zu einer ideenreicheren Planung im Dienste des Stadtbildes kommen. Die Ablehnung des diskutierten Projektes durch die ÖVP solle ein Anstoß dazu sein.

GR. Ing. HOFSTETTER (SPö) entgegnete, es sei eine seltsame Begründung dafür, einen Wohnhausbau abzulehnen, weil er dem GR. Hawlik nicht gefalle. Von der "Zehner Marie" werde das Gebäude im übrigen einige hundert Meter entfernt sein. Außerdem gebe es in den Planungsunterlagen zahlreiche Hinweise für Maßnahmen, die eine optische Anpassung an die Umgebung gewährleisten. Man hätte übrigens schon während des Planungsvorganges viele Möglichkeiten gehabt, kritische Meinungen zu diesem Bau zu deponieren. Die Bezirksvertretung habe sich einhellig für diesen Wohnhausbau ausgesprochen. Letztlich dürfte die Abneigung gegen den kommunalen Wohnbau für die Ablehnung der ÖVP verantwortlich sein.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPö angenommen.

(Forts.) gab/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (19)

Utl.: U-Bahn-Bau

=++++

26 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN (SPÖ) beantragte, die generelle Planung der U 3 im Abschnitt Westbahnhof-Volkstheater mit Kosten von 12,8 Millionen Schilling zu genehmigen. Dabei betonte Hofmann, daß einige Grundstücksbesitzer - vor allem im Bereich Landstraßer Zentrum/Kundmanngasse - glauben, beim Bau der U-Bahn das Geschäft ihres Lebens machen zu können. Sie spekulieren mit einem vermeintlichen Zeitdruck der Stadt Wien. Für eine einvernehmliche Lösung bleiben zwar nur mehr wenige Woche Zeit, die Stadt Wien scheut jedoch nicht davor zurück, ein Enteignungsverfahren zu beantragen.

GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) begrüßte, daß im Auftrag für die gerelle Planung auch eine Variante enthalten ist, die eine geschlossene Bauweise vorsieht. Zur Interessensabwägung braucht man einfach eine Gegenüberstellung zwischen geschlossener und offener Bauweise.

GR. FREITAG (SPÖ) hob die Vorteile der Führung der U 3 durch die Mariahilfer Straße hervor. Das ist die verkehrsgünstigere und billigere Variante. Das traditionsreiche Geschäftszentrum Mariahilfer Straße wird mit der U-Bahn an Attraktivität gewinnen.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen.

(Forts.) sei/ap

Wiener Gemeinderat (20)

Utl.: Wohnhausanlage Ottakringer Straße 9-15

=++++

27 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPÖ) beantragte für die Errichtung einer städtischen Wohnhausanlage im 17. Bezirk, Ottakringer Straße 9-15, einen Sachkredit von 48,6 Millionen Schilling.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde ohne Diskussion mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (21)

Utl.: Wohnhausanlage Gerasdorfer Straße-Brünner Straße

=++++

28 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPö) beantragte die Erhöhung des Sachkredites für die städtische Wohnhausanlage Gerasdorfer Straße-Brünner Straße in Floridsdorf um 77 Millionen auf 759 Millionen Schilling.

GR. PUTZ (ÖVP) erklärte, daß hier bei der Planung viel vergessen wurde. Die Vorsorge für eine ausreichende Infrastruktur sei vernachlässigt worden, es fehlten die entsprechenden Möglichkeiten der Nahversorgung, der Verkehrserschließung, der Ansiedlung von Gewerbebetrieben und der Schulwegsicherung.

Bei der Verkehrsplanung seien die Interessen der Bewohner der umliegenden Siedlungen nicht berücksichtigt worden, stellte GR. Putz fest, vor allem durch die Verlegung des Durchzugsverkehrs aus der Carabelligasse und die Schaffung unsinniger Einbahnregelungen. Weiters kritisierte GR. Putz, daß der Schulweg für die Bewohner einen Monat nach Beginn des Schuljahres noch immer nicht gesichert, teilweise nicht einmal befestigt sei. Zumindest müsse hier ein Zebrastreifen eingerichtet werden.

Für die rund 2.500 Bewohner der Siedlung stehe in der näheren Umgebung kein einziges Geschäftslokal zur Verfügung, und auch die Verkehrserschließung sei mangelhaft. Es fehle eine ausreichende Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (22)

Utl.: Wohnhausanlage Gerasdorfer Straße - Brünner Straße

=++++

29 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Anschließend meldete sich der Floridsdorfer Bezirksvorsteher LANDSMANN (SPÖ) zu Wort. Es sei bereits dafür gesorgt, daß die notwendigen Einrichtungen geschaffen werden, stellte er fest. So wäre bereits heute früh mit dem Bau eines Fußgängerüberganges begonnen worden. Zur besseren Anbindung der Siedlung an den öffentlichen Verkehr werde eine zusätzliche Autobushaltestelle bei der Wohnhausanlage geschaffen. Zum Problem des Durchzugsverkehrs erklärte Landsmann, die jetzige Lösung sei von allen Betroffenen gemeinsam erarbeitet worden, auch die Altsiedler waren für die Entfernung des Durchzugsverkehrs aus der Carabelligasse. Bei einer vom zuständigen Stadtrat durchgeführten Umfrage haben sich 72 Prozent der Betroffenen für die derzeit bestehende Verkehrslösung ausgesprochen. Daß es aus Eigeninteressen immer wieder Wünsche nach anderen Lösungen gebe, sei verständlich.

Es sei zwar schön, daß die anstehenden Probleme nun gelöst werden sollen, man hätte jedoch schon bei der Planung der Siedlung daran denken sollen, sagte StR FÜRST (ÖVP). Mit etwas mehr Vorausplanung hätte man auch das Problem der Durchzugsstraße vorhersehen können. Der Schülerübergang hätte jedenfalls schon bei Schulbeginn fertig sein müssen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)  
roh/rb

NNNN

Wiener Gemeinderat (23)

Utl.: "Wien aktuell-Wochenblatt"

=++++

30 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. LUDWIG (SPÖ) stellte den Antrag, die Herstellung und den Versand von "Wien aktuell-Wochenblatt" zu genehmigen. Die Kosten für 1983 belaufen sich auf 9,625 Millionen Schilling.

GR. Dkfm. HOTTER (ÖVP) kritisierte in seinem Debattenbeitrag mangelnde Objektivität von "Wien aktuell-Wochenblatt". Die einseitige politische Berichterstattung und das Fehlen einer kritischen Auseinandersetzung mit den Bewohnern seien ein Mißbrauch von Steuergeldern. GR. Hotter stellte die Frage, ob die Stadt Wien sich den Luxus leisten könne, eine Zeitschrift in dieser Auflagenstärke aus Steuergeldern zu finanzieren, und regte eine anonyme Umfrage unter den Beziehern an.

Bei "Wien aktuell-Wochenblatt", stellte GR. Ing. RIEDLER (SPÖ) fest, handle es sich um eine von den Mitarbeitern der Stadt Wien begrüßte Zeitung und keineswegs um eine "Jubelpostille". Die positive Berichterstattung bedeute eine Motivation für die Bediensteten der Stadt Wien. "Wien aktuell-Wochenblatt" habe die Verpflichtung, darüber zu berichten, was Positives in dieser Stadt geschieht. Eine bessere Information der Bediensteten bewirke auch bessere Dienstleistungen an der Wiener Bevölkerung. GR. LUDWIG stellte abschließend fest, daß alle Fraktionen des Wiener Gemeinderates in "Wien aktuell-Wochenblatt" die Möglichkeit haben, ihre Ideen und Persönlichkeiten den Lesern näher zu bringen. Der Vorwurf der mangelnden Objektivität müsse entschieden zurückgewiesen werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen.

Zwtl.: Behindertenkommission

Anschließend erfolgte die einstimmige Wahl von 14 Mitgliedern der Behindertenkommission (9 SPÖ, 5 ÖVP). (Forts.) jel/ko

NNNN

Wiener Gemeinderat (24)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

31 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Die dringliche Anfrage der öVP an den Bürgermeister zum Belastungspaket der Bundesregierung wurde vom Schriftführer vorgelesen:

1. Sind Sie bereit, künftig Ausgaben wie etwa die Finanzierung des Aufwandes für den "Tag der offenen Tür" sowie andere Prestige- und Imageaufwendungen zugunsten sozialer Maßnahmen einzusparen?

2. Werden Sie dafür eintreten, die höheren Einkünfte der Stadt Wien aus dem Belastungspaket an die Konsumenten weiterzugeben, indem anstelle ungerechtfertigter Tarifierhöhungen die Tarife für Gas, Strom, öffentliche Verkehrsmittel und andere Versorgungsleistungen auf drei Jahre eingefroren werden?

3. Welche Schritte werden Sie zur Verwirklichung folgender Forderungen unternehmen? Im Interesse der Wiener Bevölkerung soll die Mietzinsbeihilfe an die Wohnbeihilfe angeglichen werden, ferner sollen steuerliche Begünstigungen als Anreiz für Privatinitiative zur Stadterneuerung und steuerliche Anreize für energiesparende Maßnahmen im privaten Wohnbereich auch für Kleinverdiener geschaffen werden. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (25)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

32 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dkfm. Dr. WÖBER (öVP) begründete die dringliche Anfrage der öVP an den Bürgermeister betreffend soziale Maßnahmen zur Minderung der Belastungen aus dem Belastungspaket der Bundesregierung. Nach ersten Berechnungen bringt dieses Paket eine höhere Teuerungsrate, eine Dämpfung des Wirtschaftswachstums sowie vorzeitige Käufe mit dem damit verbundenen Auftragsloch ab Jahresbeginn. Auch die Arbeitslosenrate wird steigen. Besonders betroffen sind die Kleinverdiener sowie Familien mit Kindern.

In der anschließenden Debatte über die dringliche Anfrage meldete sich abermals GR. Dkfm. Dr. WÖBER (öVP) zu Wort. Er bezeichnete das Belastungspaket als Rechnung für den Vergeudungs- und Verschwendungssozialismus. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Energie treffe vor allem die Kleinen.

"Wo bleiben die Sozialmaßnahmen?". Wöber kritisierte die Tarifpolitik, die in Wien den Charakter einer Steuerpolitik erhalte. Die Tarife seien gegenüber dem Verbraucherpreisindex überproportional gestiegen. Daher fordert die Volkspartei ein Einfrieren der Tarife auf drei Jahre, die Angleichung der Mietzinsbeihilfe an die Wohnbeihilfe, die Schaffung von steuerlichen Begünstigungen als Anreiz für private Initiativen zur Stadterneuerung sowie wirksame steuerliche Anreize für energiesparende Maßnahmen. "Ich appelliere an den Herrn Bürgermeister, ein Wirtschaftsklima der Hoffnung zu schaffen," schloß Wöber. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (26)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

33      Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö)  
bezeichnete das Maßnahmenpaket der Bundesregierung als natürlich  
schwerwiegenden Eingriff, der jedoch zur Stabilisierung des Defizits  
nötig sei. Gleichzeitig seien aber auch beträchtliche Mittel für die  
Wirtschaftsbelebung freigemacht worden: teils durch steuerliche  
Maßnahmen, teils durch Aktionen wie die zusätzliche Exportförderung  
oder die Schaffung einer Innovationsagentur. Sachlicher, so  
Hirnschall, könnte man über das Problem diskutieren, wenn es einen  
detaillierten Plan der ÖVP gäbe. Wie die Maßnahmen der  
Schwesterpartei der ÖVP in der BRD zeigten, seien auch dort durchaus  
ähnliche Steuererhöhungen und soziale Einschränkungen beschlossen  
worden. Hirnschall wies darauf hin, daß auch die Stadt Wien mit  
Mehreinnahmen von 650 Millionen Schilling am Maßnahmenpaket  
partizipiere. Diese unvorhergesehenen Mehreinnahmen seien Grund  
genug, eine Pause in der kommunalen Tariffrent einzulegen.  
Abschließend forderte Hirnschall eine verstärkte Spargesinnung und  
ein Durchforsten des Subventionswaldes. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (27)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

34 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Die Koalition im Bund hat gezeigt, daß sie Probleme lösen will und kann, erklärte GR. MAYRHOFER (SPÖ). Das Maßnahmenpaket sei zur Konsolidierung des Budgets, aber auch zur Belebung der Wirtschaft notwendig. Die ÖVP dagegen blieb bisher jede Antwort auf eine andere Art der Politik schuldig, ihre Haltung ist doppelzünftig: Zum einen wird das hohe Budgetdefizit beklagt, zum anderen werden alle Maßnahmen zur Konsolidierung abgelehnt. Die Wähler durchschauen diese Art der Politik und honorieren Ehrlichkeit in der Politik. Bei den Nationalratswahlen blieb die SPÖ die stärkste Partei, und bei den Gemeinderatswahlen in Innsbruck, als das Maßnahmenpaket schon in allen Details bekannt war, wurde die SPÖ stärker.

Daß die Bevölkerung belastet wird, ist unbestritten. Doch Sozialisten haben sich immer der Nöte der Menschen angenommen, und gerade der ÖVP kommt es nicht zu, sich als Anwalt der Ärmere aufzuspielen. Zur Forderung der ÖVP, bei Prestige- und Imageausgaben einzusparen, muß man sich in Wien fragen: Meinte man damit die Donauinsel? Oder die UNO-City! Oder den Tag der offenen Tür? Der Tag der offenen Tür, der seit 17 Jahren veranstaltet wird, wurde voriges Wochenende von 250.000 Wienerinnen und Wienern besucht. Offensichtlich tut es der Opposition weh, daß so viele Menschen sich über die Arbeit der Stadtverwaltung informieren wollen, erklärte Mayrhofer abschließend. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (28)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

35 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) verwies auf die alarmierenden Zahlen bei der Verrechnung der Mieten und der Gas- und Stromkosten. So laufen bei der städtischen Wohnhäuserverwaltung derzeit 403 Anträge auf Delogierungen, vor allem wegen nichtbezahlter Mieten, 15.000 Gemeindemieter sind mit ihren Zahlungen im Rückstand. Bei Gas und Strom sind 14.000 Haushalte im Rückstand, die Heizbetriebe haben Außenstände von 15 Millionen Schilling. 12,5 Prozent der Bevölkerung Wiens fallen unter den Begriff der Armut. Gerade sie werden vom Belastungspaket der Regierung am meisten getroffen. Allein aus der Mehrwertsteuererhöhung entsteht eine Mehrbelastung von dreitausend Schilling im Jahr pro Haushalt. Durch die 39. ASVG-Novelle, die vielen Pensionisten den Nebenverdienst wegnimmt, würden diese ihren eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können. Der Wiener Landesregierung warf Hampel-Fuchs vor, keinerlei Alternativen zum Belastungspaket der Regierung gebracht zu haben. (Forts.)  
roh/gg

Wiener Gemeinderat (29)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

36 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. HAHN (ÖVP) bezeichnete in seinem Debattenbeitrag das Belastungspaket der Bundesregierung als "wirtschaftlichen Wahnsinn". Von den 29 Milliarden gesamtösterreichischer Belastungen werden rund 7,2 Milliarden in Wien aufgebracht werden. Das bedeutet, erklärte Hahn, daß der Gemeinde Wien, vor allem durch die Verschlechterung beim Familienlastenausgleichsfonds, rund drei Prozent - netto 240 Millionen Schilling - als Ertrag bleiben werden. Damit ist der Finanzausgleich restlos gebrochen. Hahn forderte Bürgermeister Gratz und Finanzstadtrat Mayr auf, dagegen schärfstens zu protestieren. Namens der Wiener Volkspartei lege er, Hahn, gegen alle diese Maßnahmen schärfsten Protest ein. Das Belastungspaket der Bundesregierung werde nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Konsumenten auf das Schwerste treffen. Die Absicht sei, Länder und Gemeinden das Loch im Bundesbudget stopfen zu lassen. Wenn, wandte sich Hahn an Finanzstadtrat Mayr, der Einnahmensenkung der Länder und Gemeinden die Mauer gemacht werden soll, sei das nicht Sache der ÖVP. GR. Hahn warf Bürgermeister Gratz vor, sich als Obmann des Städtebundes gegen solche Maßnahmen nicht zur Wehr zu setzen. Die ÖVP, erklärte Hahn namens seiner Fraktion, lehne die Verantwortung für die "Bankrotterklärung" Wiens ab. (Forts.)  
ie/ng

Wiener Gemeinderat (30)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

37 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) stellte einleitend fest, daß sein Vorredner, GR. Hahn (öVP), seinem Parteifreund GR. Dr. Wöber widerspreche. "Welche Zahlen, die die Volkspartei vorlegt, stimmen nun?" Das Maßnahmenpaket sei ein schmerzlicher Kompromiß. Aber die Volkspartei wolle ja keinen Kompromiß, sie lege auch kein Konzept vor.

"Sie verlangen einen Kampf gegen die Armut", wandte sich SWOBODA zur öVP-Fraktion, "für uns Sozialisten ist der Kampf gegen die Armut die konsequente Vollbeschäftigung, dazu werden aber Mittel benötigt." Außerdem nehme die öVP nicht zur Kenntnis, daß es eine internationale Wirtschaftskrise gibt, was sich in den hohen Arbeitslosenzahlen im Ausland zeigt. Den Vorwurf, daß für die Ärmern keine finanzielle Absicherung gegeben sei, wies Swoboda schärfstens zurück. Die Sozialausgaben sind gestiegen, die sozialen Dienste haben zugenommen. Die öVP-Vorschläge zur Bewältigung der Krise spiegeln die Bevorzugung der Reicherer wider. Der Vorschlag, steuerliche Begünstigungen zu gewähren, bedeutet eine eindeutige Bevorzugung derjenigen, die besser verdienen. (Forts.) fk/ap

Wiener Gemeinderat (31)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

38 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) StR. NEUSSER (öVP) wandte sich gegen den Vorwurf, die öVP biete keine Alternativen zur Wirtschaftspolitik. Die öVP habe sehr wohl schon viele Vorschläge gemacht, die teilweise vom derzeitigen Unterrichtsminister bei den Bundestheatern und der Schulbuchaktion bereits aufgegriffen wurden. Neusser setzte sich vor allem für eine verstärkte Förderung der Klein- und Mittelbetriebe ein, die durch die derzeitige Regierung nicht gegeben sei. Wenn man höre, daß für die verstaatlichte Industrie mit 105.000 Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren 16 Milliarden Schilling vorgesehen seien, dann frage man sich, was wohl das Wiener Gewerbe mit insgesamt 130.000 Arbeitsplätzen an Unterstützung zu erwarten habe. Neusser forderte die Regierung auf, mehr zu sparen, und an die Wiener SPö wandte er sich mit dem Vorschlag, der Wirtschaft durch Verzicht auf höhere Steuer- und Gebühreneinnahmen zu helfen. So könnte man etwa von einer Erhöhung der Stromtarife in Wien absehen, da die E-Werke einen Gewinn von einer Milliarde Schilling ausweisen, der derzeit den Verkehrsbetrieben zugute komme. Abschließend forderte Neusser zum Kampf gegen den Pfusch auf, der derzeit Österreich 40 Milliarden Schilling koste. Dieser Kampf würde gleichermaßen helfen, Arbeitsplätze zu sichern und Geld in die Staatskassen zu bringen. (Forts.) gab/gg

Wiener Gemeinderat (32)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

39 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) GR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) stellte eine Differenz zwischen den Aussagen der ÖVP-Mandatare Hahn und Wöber fest. "Was will die ÖVP überhaupt?" Da sich die Volkspartei in Wien praktisch nur mehr um die Grünen und um die Alternativen kümmert, fällt der Freiheitlichen Partei die Rolle zu, sich um die Sorgen der Wirtschaft, des Gewerbes und der Industrie anzunehmen. Auch auf Bundesebene wird von FPö-Mandataren viel für die Wirtschaft getan. Für die Klein- und Mittelbetriebe wird derzeit eine Innovationsgesellschaft gegründet.

Man dürfe nicht nur von einem Belastungspaket sprechen, es sei ein Erfolg der Koalitionsregierung, daß auch Einsparungen vorgenommen werden. Das Budget muß saniert werden. Die Maßnahmen sind nicht immer erfreulich, aber sie sind notwendig für den Staat und für die Stadt Wien. (Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (33)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

41 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPÖ) erklärte, daß erstmals ein Finanzminister bei einer Erhöhung von gemeinschaftlichen Bundesabgaben den Ländern und Gemeinden die daraus folgenden Mehreinnahmen belassen habe. Frühere Finanzminister haben zumeist mit Zuschlägen zu den gemeinschaftlichen Bundesabgaben gearbeitet, deren Ertrag dem Bund zugutekommt. Der öVP-Bundeskanzler Dr. Klaus hat in seiner Zeit als Finanzminister z.B. von den Ländern sogar ein "Notopfer" verlangt.

Seit dem Jahre 1973, der Zeit des Erdölschocks, ist es Österreich gelungen, sich von der internationalen Entwicklung abzukoppeln und wirtschaftlich besser abzuschneiden. Das gelang deswegen, weil man das Budget nicht nur zur Finanzierung von kommunalpolitischen und bundespolitischen Notwendigkeiten eingesetzt hat, sondern auch als wirtschaftspolitisches Instrument. Niemand habe nun Freude mit den Steuererhöhungen, sie sind jedoch notwendig, und es wird auch alles unternommen, um zu sparen. Sparen hat jedoch dort eine Grenze, wo die wirtschaftliche Belebung gefährdet wäre. Die Nettomehreinnahmen für die Stadt Wien aus dem Maßnahmenpaket bezifferte Mayr mit 400 Millionen Schilling im Jahr. "Glauben Sie mir, daß diese Schätzung der Größenordnung nach stimmt, wenn sie sich auch in der Praxis um kleine Beträge nach oben oder unter verändern kann", schloß Mayr.

In einer kurzen Wortmeldung stellte GR. DKfm. Dr. WÖBER (ÖVP) klar, daß das Hauptproblem Arbeitslosigkeit nur durch Investitionsbegünstigungen in Begleitung von sozialen Maßnahmen gelöst werden könne. (Forts.) sei/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (34)  
Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

42 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Zu Beginn der Beantwortung der dringlichen Anfrage wies Bürgermeister GRATZ darauf hin, daß er es ablehne, für Maßnahmen der Bundesregierung oder der Stadt Wien die Terminologie der ÖVP-Propaganda zu übernehmen. Er stellte fest, daß es sich bei den geplanten Maßnahmen einerseits um Budgeteinsparungen und um Belastungen, andererseits aber auch um wesentliche Förderungsmaßnahmen für die Wirtschaft handle. Er sei mit der Bundesregierung der Überzeugung, daß die Krise weitgehend von Österreich fernzuhalten sei, wenn alle ein kleines Opfer bringen, damit nicht ein erheblicher Teil der Mitbürger das unmenschliche Opfer dauernder Arbeitslosigkeit bringen müsse.

Im übrigen kündigte der Bürgermeister an, daß Geschäftsleitung und Hauptausschuß des Städtebundes am 12. Oktober ihre Stellungnahme zum möglichen Entfall der Gewerbesteuer abgeben werden. Zum Verlauf der Debatte über die dringliche Anfrage meinte der Bürgermeister, ihm sei nun etwas erklärlicher, was ÖVP-Generalsekretär Dr. GRAFF vor kurzem mit "koordiniertem Dissens" der ÖVP gemeint habe.

Zu den Einzelfragen erklärte der Bürgermeister, daß der Tag der offenen Tür vor allem die Chance für den Bürger darstelle, zu erfahren, was es an Möglichkeiten und Hilfen für ihn gebe. Sozialdienste und Einrichtungen der Stadt Wien könnten so jenen Betroffenen nahegebracht werden, die aufgrund mangelnder Informationsaufnahme diese sonst gar nicht nützen könnten. Andere angebliche Prestige- und Imageaufwendungen seien ihm nicht bekannt, außer jenen, die das Image Wiens zugunsten des Fremdenverkehrs im Ausland heben sollen. (Forts.) rö/ap

NNNN

Wiener Gemeinderat (35)

Utl.: Dringliche Anfrage

=++++

43 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Die höheren Einkünfte der Stadt Wien aus dem Maßnahmenpaket der Bundesregierung werden - so der Bürgermeister - nach Saldierung von Mehr- und Mindereinnahmen voraussichtlich rund vierhundert Millionen Schilling betragen. Ungerechtfertigte Tariferhöhungen seien in Wien noch nie vorgenommen worden. Ein Einfrieren der Tarife insbesondere bei Strom, Gas und den öffentlichen Verkehrsmitteln sei aber bei der Abhängigkeit ihrer Kosten von importierter Energie auszuschließen. Es wäre geradezu grotesk, anzunehmen, daß ein Gemeinderatsbeschluß die Lieferanten von Öl, Gas und Kohle veranlassen könnte, die Preise für Öl, Gas und Kohle nicht zu erhöhen. Die Verantwortung für kommende Generationen gebiete es daher, die Tarife nicht durch eine Vernachlässigung von Einrichtungen der Infrastruktur niedrig zu halten. Auf den Vorschlag, die Tarifstruktur vom Einkommen der Energiebezieher abhängig zu machen, antwortete der Bürgermeister, er glaube nicht, daß die Bezieher von Strom und Gas einer periodischen Überprüfung ihres Einkommens durch die Wiener Stadtwerke aufgeschlossen gegenüberstehen würden.

Auf die Anhebung der Einkommensgrenzen bei der Mietzinsbeihilfe werde er im Rahmen der budgetären Möglichkeiten weiterhin drängen, versprach der Bürgermeister und sagte zu, die Anregung untersuchen zu lassen, durch steuerliche Begünstigungen Anreize für Privatinitiativen zur Stadterneuerung und Stadtreparatur wie auch für energiesparende Maßnahmen zu bieten. .

Mit der Antwort des Bürgermeisters endete die Sitzung des Wiener Gemeinderates. (Schluß) rö/gg

NNNN

Schärfere Maßnahmen gegen wildes Plakatieren (1)

Utl.: Schieder will Änderung des Medienrechtes

=++++

14 #Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Schärfere Maßnahmen gegen die in letzter Zeit verstärkt auftretenden wilden Plakatierer kündigte Stadtrat Peter SCHIEDER Freitag in der Fragestunde des Wiener Gemeinderates an. Dazu zählen nicht nur Anzeigen wegen Sachbeschädigung bzw. Besitzstörung, sondern auch das Streichen von Unterstützungen die die Stadt Wien gewährt wie Subventionen, Zur-Verfügung-Stellen von Räumlichkeiten oder Inseraten für jene Veranstalter bzw. Zeitschriften, die wild plakatieren lassen. Zusätzlich will der Wiener Informationsstadtrat auch Gespräche mit Justizminister Dr. Harald OFNER führen, um eine Änderung des Medienrechts und die Bestrafung der durch wilde Plakate Begünstigten zu erreichen.#

Wildes Plakatieren nimmt in letzter Zeit immer mehr zu. "In geringem Umfang ist Wildanschlag im Interesse des Lokalkolorits vertretbar, auf Dauer allerdings muß man die Verschandelung und Beschädigung von Baudenkmalern, öffentlichen Bauten, Stadtmobiliar und in letzter Zeit Bäumen und Verkehrsschildern ablehnen", betonte Schieder dazu. Festveranstalter ebenso wie Zeitschriften, aber auch die Veranstalter von Catcher-Turnieren plakatieren verstärkt auf dafür nicht geeigneten Flächen und montieren immer mehr Kleinplakate an Verkehrsschildern. "Die von der ÖVP an Bäumen angebrachten Schleifen haben sicher Anregungen zu dieser Vorgangsweise geliefert", betonte Schieder.

Zwtl.: Strafanzeige gegen Plakatierfirma

Er stelle aber auch mit Bedauern fest, sagte Schieder weiter, daß es in Wien bereits mehrere wilde Plakatierfirmen gebe, die Aufträge auch von Veranstaltern, die der Stadt und dem Bund nahestehen, erhalten. Gegen eines dieser Unternehmen, das nach einer Ö 3-Sendung namentlich bekannt wurde, wird nun Anzeige erstattet. Auch in anderen Fällen wird die Stadt nun verstärkt wilde Plakatierer anzeigen. (Forts.) hs/ap

## Schärfere Maßnahmen gegen wildes Plakatieren (2)

Utl.: Keine Subventionen für Veranstalter, keine Inserate für  
Zeitschriften

=++++

15 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Derzeit gibt es die Möglichkeit, beim wilden Plakatieren einzuschreiten, wenn Personen dabei ertappt werden oder wenn die Personen bekannt sind, die Wildplakatierungen vornehmen. Bei einem Verfahren wegen Sachbeschädigung kann sich dann auch der durch die wild angebrachten Plakate Geschädigte dem Strafverfahren anschließen. Möglich ist auch die Besitzstörungsklage. Bei gewerbsmäßigen Plakatierungen wie in einem bekanntgewordenen Fall kann - und wird diesmal - ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet werden.

Um aber auch dann strafen zu können, wenn die Plakatierer nicht bekannt ist, will Stadtrat Schieder mit dem Justizminister Gespräche über eine Änderung des Medienrechts (dem auch Plakate als Medium bzw. Medienwerk unterliegen) führen. Da gerade bei Wildplakatierungen die Bestimmungen über die Impressumspflicht oft nicht eingehalten werden, will Schieder erreichen, daß im Medienrecht nicht nur der Medieninhaber für die Aufnahme des Impressums verantwortlich ist, sondern auch jener, zu dessen Gunsten ein Plakat hergestellt wird (Veranstalter, Zeitschrift usw.). Auch dieser Begünstigte sollte neben dem Medieninhaber für alle Schadenersatzansprüche haften. Möglich wäre auch eine Verantwortung des Druckers.

Wie Schieder weiter erklärte, sei es durchaus denkbar, daß Veranstalter oder Zeitschriften, die mit wildem Plakatieren werben, keine Unterstützung von der Stadt Wien mehr erhalten. Dazu kann das Streichen von Subventionen oder Inseraten ebenso gehören wie das Nicht-Mehr-Zur-Verfügung-Stellen von Räumlichkeiten. Als Ausweichlösung ist außerdem noch ein eigenes Landesgesetz möglich. (Schluß) hs/ko

Wiener Landtag (1)

Utl.: Fragestunde

=++++

44 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Anschließend an die Sitzung des Gemeinderates trat der Wiener Landtag unter dem Vorsitz des 3. Präsidenten Erika KRENN (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE des LAbg. NEKULA (SPÖ), ob er der Meinung sei, daß die für 1986 vorgesehene Helsinki-Nachfolgekonferenz, die laut Beschluß der Madrider Nachfolgekonferenz in Wien stattfinden wird, bereits im österreichischen Konferenzzentrum werde tagen können, antwortete Landeshauptmann GRATZ, er werde sehr darauf drängen, daß dies möglich sein wird, da das Konferenzzentrum für diese Tagung ideal wäre.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob sich auch andere Städte für diese Konferenz beworben hätten und warum Wien den Zuschlag erhalten habe, antwortete Gratz, auch Bukarest und Brüssel hätten sich beworben, aber nur auf Wien hätten sich alle teilnehmenden Staaten einstimmig einigen können.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wieviele Staaten an der Konferenz teilnehmen werden, antwortete Gratz, es wären 35 Staaten, was zu einer Auslastung des Konferenzzentrums auf Monate führen würde.

Auf die ZWEITE ANFRAGE des LAbg. HAHN, wann die Vereinbarung des Landes Wien mit dem Bund aus dem Jahr 1979 hinsichtlich der Freimachung von Kasernengrundstücken in Wien sowie der Verbauung der Rennwegkasernengründe erfüllt werde, antwortete Landeshauptmann GRATZ, daß bei den in Frage gekommenen Kasernen Karlskaserne, Starhembergkaserne und Radetzkykaserne der Bund den Gedanken eines Standortwechsels aufgegeben habe, da eine Renovierung mit wesentlich geringerem Aufwand möglich ist. Bei der Rennwegkaserne sei man mit dem Bund zu dem Übereinkommen gelangt, daß das Grundstück zwar im Eigentum des Bundes bleiben, aber zum Großteil für Wohnbebauung zur Verfügung stehen werde. Ein teilweiser Baubeginn könnte frühestens in zwei Jahren erfolgen. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

=++++

45 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZUSATZFRAGE, ob er bereit sei, darauf hinzuwirken, daß für das große Grundstück ein Architektenwettbewerb ausgeschrieben werde, antwortete Gratz, daß er im Hinblick auf die Vermeidung einer Einheitsverbauung für einen solchen Architektenwettbewerb eintreten werde. (Forts.) roh/gg

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

=++++

46 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Dr. PETRIK (ÖVP), in welcher Weise er aufgrund der Stellungnahme des Amtes der Wiener Landesregierung betreffend die geplante Abschaffung der 30-Schilling-Wohnungsbeihilfe die Interessen des Landes Wien bei der Bundesregierung vertreten werde, erklärte Landeshauptmann GRATZ, dem Begehren, die Gelder, die durch den Entfall der Wohnungsbeihilfe frei werden, der Stadterneuerung zufließen zu lassen, sei im Maßnahmenpaket der Bundesregierung nicht entsprochen worden. Er akzeptiere diese Regelung, betonte Gratz, weil im Bereich der Sozial- und Pensionsversicherungen Aufwendungen notwendig sind.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, was er zu tun gedenke, um für die Stadterneuerung und die Bevölkerung die Maßnahmen treffen zu können, die er in seiner Regierungserklärung formuliert hatte, sagte Gratz, Wien könne keine Insel der Seligen sein. Er habe die Regelung deshalb akzeptiert, weil kleine Opfer für jeden nötig seien.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, wann und in welcher Form die Erhöhung der Mietzinsbeihilfen realisiert werde, sagte Gratz, daß auch auf Bundesebene an einer diesbezüglichen Regelung gearbeitet werde. (Forts.) je/gg

Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

=++++

47 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche Stellungnahme er zu Zeitungsmeldungen, wonach die Gemeinnützigen Genossenschaften "Frieden" und "Schönere Zukunft" deshalb keine Wohnbauförderungsmittel des Landes Wien erhalten, weil sie sich geweigert haben, Bürgschaftserklärungen für eine dritte Genossenschaft, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten ist, zu leisten, erklärte StR. HOFMANN (SPö), daß das von der Landesregierung für 1983 genehmigte Wohnbauprogramm die Förderung von 5.500 Wohneinheiten vorgesehen habe. Nach der Überprüfung der Finanzierbarkeit wurde das Förderungsvolumen mit 5.700 Einheiten festgelegt. Entsprechend dem bisherigen Aufteilungsmodus entfallen davon 1.900 auf die Stadt Wien, 1.520 auf das Kontingent SPö-naher Genossenschaften, 760 auf das Kontingent öVP-naher Genossenschaften und 1.520 auf das neutrale Kontingent. Im Rahmen dieses Aufteilungsmodus ergaben letzte Mitteilungen, daß in dem Kontingent öVP-naher Genossenschaften die Genossenschaften "Schönere Zukunft", "österreichisches Heimwerk", "Frieden" und "Eigentum" keine Befürwortung durch die öVP erhalten sollen, da die Förderung für die Genossenschaften aus dem Neutralkontingent erfolgen müßte.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wie diese Regelung vor sich gehe, stellte StR. Hofmann fest, daß die Sprecher der Fraktionen Vorschlagsrechte haben, denen zugestimmt werden kann. Es könne daher kein Ausschließen einer Genossenschaft entstehen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob die Ablehnung einer Bürgschaft ein sachlicher Grund für die Sperrung eines Kontingents sei, erklärte Hofmann, es gebe nur Verschiebungen. (Forts.) je/ap

NNNN

Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

=++++

48 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg. FREINBERGER (SPö), für wieviele Wohnungen in den letzten Jahren Wohnungsverbesserungskredite in Anspruch genommen wurden, teilte StR. Ing. HOFMANN (SPö) mit, daß von 1973 bis Ende August 1983 insgesamt 155.455 Wohnungen betroffen waren.

Auf die ZUSATZFRAGE, wie sich die verschiedenen Verbesserungsarbeiten verteilen, gab StR. Hofmann eine Übersicht für den Zeitraum 1973 bis 1982. Im Bereich Schall- und Wärmeschutz waren es 30.416 Wohnungen, für Heizungen 53.981, für Sanitäranlagen 38.737, für Wasser 18.543, für Strom 14.081, für Gas 15.608, für Wohnungszusammenlegungen 2.692, für Wohnungsteilungen 51, für Grundrißänderungen 2.231, für Personenaufzüge 560, für Fernwärme 4 und für Behindertenmaßnahmen 82.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. REGLER (öVP), wieweit die Planungen und Vorarbeiten für die Tieflegung der Wiener Westeinfahrt im Wiental gediehen sind und ob mit dem Baubeginn 1984 gerechnet werden könne, sagte StR. Hofmann, daß derzeit verschiedene Untersuchungen durchgeführt werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, wann vom Bund Geldmittel zu erwarten seien, sagte StR. Hofmann, daß man noch nicht soweit sei, um einen genauen Zeitpunkt festzulegen. Es liegen mehrere Entwürfe und Varianten vor.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, welche Prioritäten bezüglich Untertunnelungen für Süd- und Westgürtel vorhanden seien, sagte StR. Hofmann, daß derzeit kein abschließendes Urteil abgegeben werden könne. (Forts.) fk/gg

NNNN

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

=++++

49 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg. WIMMER (SPÖ), warum sie im Zuge der Überarbeitung des Wiener Sicherheitsgesetzes vorerst nur die Prostitution regle, den Tierschutz jedoch ausklammere, sagte StR. Friederike SEIDL (SPÖ), daß ihr eine Trennung in verschiedene Problemkreise als sinnvoll erschienen sei. Die Kernstücke des Gesetzes seien die Bereiche Prostitution, Tierhaltung und Tierschutz sowie Lärmerregung. Zunächst sei eine Regelung des Problemkreises Prostitution vorgesehen, die so liberal wie möglich gehalten werden solle, jedoch ein striktes Verbot der Wohnungsprostitution enthalte. Zur Frage der Tierhaltung sollten zunächst alle interessierten Institutionen zu Besprechungen eingeladen werden, um ein modernes Tierschutzgesetz zu gewährleisten. In der Frage des Lärmschutzes sei ein überaus großes Bedürfnis der Bevölkerung nach effizienten Maßnahmen zu spüren. Gemeinsam mit Stadtrat Schieder soll ein umfassendes Lärmschutzgesetz ausgearbeitet werden.

Auf die ZUSATZFRAGE, ob im Bereich des Tierschutzes eine Änderung der Gewerbeordnung angestrebt werde, sagte StR. Seidl, daß sie diesbezüglich bereits ein Gespräch mit Vizekanzler Dr. Norbert Steger geführt habe. Nun soll eine Arbeitsgruppe entsprechend strengere Bestimmungen für Tierhändler und Tierzüchter erarbeiten. (Forts.) gab/gg

Wiener Landtag (7)

Utl.: Fragestunde

=++++

50 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg. SEVCIK (SPÖ), ob in nächster Zeit eine Novellierung des Wiener Jugendschutzgesetzes vorgesehen sei, sagte Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude FRÖHLICH-SANDNER (SPÖ), daß die gesellschaftlichen Veränderungen auch eine Anpassung dieses aus dem Jahr 1971 stammenden Gesetzes notwendig machten. Die entsprechenden Vorarbeiten und Expertengespräche seien bereits im Gange.

Auf die ZUSATZFRAGE, ob auch die Jugendlichen in diese Vorarbeiten miteinbezogen seien, sagte FRÖHLICH-SANDNER, daß die verschiedenen Jugendorganisationen aktiv an der Gesetzesnovellierung mitarbeiten würden. Das Gesetz soll letzten Endes so gehalten werden, daß es den Wünschen der Eltern wie auch der Jugendlichen entspreche. (Forts.) gab/ap

Wiener Landtag (8)

Utl.: Fragestunde

=++++

51 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg. NEUMANN (ÖVP), wann die aus dem Jahre 1956 stammende Betriebsstättenverordnung zum Wiener Kinogesetz novelliert wird, erklärte StR. MRKVICKA (SPö), daß eine Novelle in Kürze den Interessensvertretungen zur Begutachtung zugeschickt wird.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob man auch die Filmvorführerprüfung raschest ändern wird, sagte Mrkvicka, daß Änderungen bevorstehen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob man das Mindestalter bei Kinderfilmen von sechs auf vier Jahre herabsetzen werde, erklärte Mrkvicka, dies sei zwar nicht Angelegenheit seines Ressorts, aber er sei sicher, daß man sich in der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend und Familie damit beschäftigen werde.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö), wieweit die Verhandlungen mit Niederösterreich über eine finanzielle Beteiligung beim Bau des Sozialmedizinischen Zentrums Ost gediehen sind, antwortete StR. MAYR (SPö), daß im Jahr 1973 ein Vertrag abgeschlossen wurde, der dem Land Niederösterreich zu Kosten von 85 Millionen Schilling in diesem Spital 200 Betten sichert. Damit müßte Niederösterreich pro Bett bloß 425.000 Schilling bezahlen. Im Jahr 1980 betragen die Kosten für ein vergleichbares Spital bereits 7,5 Millionen Schilling pro Bett. Niederösterreich sei jedoch trotz Aufforderung nicht zu einer Valorisierung bereit.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob 1984 mit dem Bau begonnen wird, antwortete Mayr, nur dann, wenn Wien die Kosten für ortsfremde Patienten abgegolten bekommt.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob der schlechte Vertrag aus dem Jahr 1973 nicht den Baubeginn verzögere, erklärte Mayr, daß sich die Verhältnisse geändert haben. 1973 gab es noch keine Planung und keine Bauvorbereitung, dann wurde das Pflegeheim gebaut, und erst viel später hätte man unter anderen Voraussetzungen mit dem Spital beginnen können. (Forts.) sei/gg

NNNN

Wiener Landtag (9)

Utl.: Fragestunde

=++++

52 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE des LAbg. OUTOLNY (SPÖ), welche Vorkehrungen aufgrund des bekanntgewordenen Untersuchungsberichtes über das mit dem krebserregenden Hormon "DES" verseuchte Kalbfleisch getroffen würden, um zu verhindern, daß den Wiener Konsumenten gesundheitsschädliches Fleisch angeboten werde, antwortete StR. Friederike SEIDL (SPÖ), das Untersuchungsergebnis stamme bereits aus den Jahren 1981/1982, jetzt wären verschärfte Kontrollen mit neuen Methoden möglich. Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz habe bereits weitere Untersuchungen in Auftrag gegeben, und es gebe eine schriftliche Anordnung von Bundesminister Steyrer an alle Schlachtbetriebe, diese Untersuchungen durchzuführen. Sie sei sicher, erklärte StR. Seidl, daß es sich kein Züchter bei dem nun bestehenden dichten Kontrollnetz mehr leisten könne, Kälber mit Hormongaben zu liefern.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE, ob straffällig gewordene Züchter von der Lieferung an den Schlachthof St. Marx ausgeschlossen werden könnten, antwortete Seidl, sie werde gegen solche Züchter mittels Anzeige und Schlachthofverbot vorgehen.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob auch bei anderen Fleischsorten die Gefahr bestehe, daß Züchter gesundheitsschädliche Mittel verwendeten, antwortete Seidl, daß dies prinzipiell möglich sei, daß jedoch bei den Untersuchungen bei anderen Fleischsorten nichts gefunden wurde. (Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Fragestunde

=++++

53 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE des LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), in welchem Umfang derzeit Generalsanierungen von Althäusern mit Wohnbauförderungsmitteln durchgeführt werden, antwortete StR. Ing. HOFMANN (SPÖ), daß derzeit bei acht Althäusern mit einem Gesamtumfang von 36 Millionen Schilling Generalsanierungen durchgeführt werden.

Auf die ERSTE ZUSATZFRAGE nach einer Erweiterung dieser Maßnahmen verwies StR. Hofmann auf die bevorstehende Novellierung des Wohnungsverbesserungsgesetzes durch das Bautenministerium. Das Land Wien müsse Interesse haben, daß diese Novellierung, die eine Vergrößerung des Anteils für die Stadterneuerung beinhalte, möglichst bald abgeschlossen sei.

Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob es in Zukunft möglich sein werde, den Mietern der generalsanierten Häuser eine Rückkehr zu ermöglichen, antwortete StR. Hofmann, daß auch diese Frage bei der Novellierung des Gesetzes einer Lösung zugeführt werden soll.

(Forts.) roh/ap

NNNN

Wiener Landtag (11)

Utl.: Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1983

=++++

54 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) StR. Friederike SEIDL (SPÖ) legte den Entwurf des Gesetzes, mit dem die Wiener Landarbeitsordnung geändert wird, vor. Im Bundesgesetz vom 3. Februar 1983 wurden die für die Regelung des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft aufgestellten Grundsätze dahingehend geändert, daß der Mindesturlaub von vier auf fünf Wochen und der Urlaubsanspruch nach 25 Dienstjahren von fünf auf sechs Wochen erhöht und damit eine parallele Entwicklung zum gewerblichen Arbeitsrecht herbeigeführt wurde. Mit dem dem Wiener Landtag vorliegenden Entwurf werden die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlassen.

In seinem Debattenbeitrag stellte LABg. Ing. ENGELMAYER fest, die Zustimmung der ÖVP zu diesem Gesetz bedeute nicht, daß sich die Haltung seiner Fraktion zur Urlaubsverlängerung als Arbeitszeitverkürzung geändert hätte. Er sei mit der Begründung, die Urlaubsverlängerung entlaste den Arbeitsmarkt, nicht einverstanden. Neuere und bessere Sozialleistungen müßten wirtschaftlich verkraftbar sein. Die ÖVP stimme dem vorliegenden Antrag als soziale, aber nicht als wirtschaftspolitische Maßnahme zu. Gerade in Wien habe man mit einer strukturellen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Arbeitsplatzsicherung sei auch auf dem Wunschzettel der Arbeitnehmer vorrangig. Rund 40.000 junge Menschen in Österreich hätten sozusagen Dauerurlaub. Die Urlaubsverlängerung käme zur Unzeit und sei kein positiver Beitrag zur Beschäftigungspolitik.

LABg. PESKA (SPÖ) betonte, daß die Wiener Landarbeitsordnungsnovelle 1983 grundsätzliche Verbesserungen enthalte. Mit dem vorliegenden Entwurf trete die Urlaubsverlängerung in drei Jahresetappen ab 1984 in Kraft.

StR. Friederike SEIDL stellte abschließend fest, daß kein Einwand gegen den materiellen Inhalt der Novelle vorliege.

ABSTIMMUNG: Einstimmig angenommen. (Forts.) je/gg

Wiener Landtag (12)

Utl.: Gefrorenessteuer- und Getränkesteuergesetz

=++++

55 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPö) beantragte die authentische Interpretation für das Gefrorenessteuergesetz und für das Getränkesteuergesetz. Aufgrund eines Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes zum Tiroler Landesgesetz ähnlichen Inhalts sei diese authentische Interpretation auch für die beiden Wiener Landesgesetze nötig.

LAbg. Dkfm. Dr. WÖBER (ÖVP) lehnte die authentische Interpretation ab, da diese die Steuerbasis erweitere. Das sei sehr problematisch und rechtspolitisch bedenklich. Eine Novelle zu den Gesetzen mit der dazugehörigen Begutachtung wäre der richtige Weg gewesen. Außerdem kritisierte Wöber die Formulierung der authentischen Interpretation beim Gefrorenessteuergesetz. Es entstehe durch diese Formulierung eine neue Rechtsunsicherheit.

LAbg. KNEIDINGER (SPö) erklärte, die authentische Interpretation solle im Gegenteil die Rechtsklarheit herstellen. Das Wesen der authentischen Interpretation sei die Erklärung des Gesetzgebers, welchen bestimmten Inhalt ein Gesetz hat, und sei ganz bewußt keine Veränderung der Rechtslage.

StR. Mayr stellte in seinem Schlußwort fest, daß eine Novelle nur künftig die Rechtssicherheit herstelle, aber nicht rückwirkend gelte. Deshalb sei die authentische Interpretation nötig gewesen.

ABSTIMMUNG: Die beiden authentischen Interpretationen mit den Stimmen der SPö und FPö beschlossen.

(Forts.) fk/ap

NNNN

Wiener Landtag (13)

Utl.: Versteigerungsabgabe

=++++

56 Wien, 30.9. (RK-KOMMUNAL) StR. MAYR (SPö) beantragte ein Wiener Versteigerungsabgabegesetz. Das Gesetz beinhaltet die Abgabe von zwei Prozent des Erlöses von beweglichen und unbeweglichen Wirtschaftsgütern bei freiwilligen Versteigerungen. Es fußt auf den sogenannten "Lizitations-Armenprozenten", die aufgrund eines Hofdekretes seit 1750 auf unbewegliche Sachen eingehoben wurden.

LABg. Dr. WÖBER (öVP) sagte, damit werde ein schlechtes Gesetz aus der Monarchie noch erweitert. Besonders werde der Wiener Kunsthandel getroffen, der schon jetzt unter der hohen Mehrwertsteuer in Österreich leide.

LABg. Christine SCHIRMER (SPö) entgegnete, daß diese Steuer, die hauptsächlich bei Kunstauktionen zum Tragen komme, keine Probleme in sozialer Hinsicht aufwerfe. Bei den hohen Beträgen, die oft für Kunstwerke erzielt werden, sei diese Abgabe durchaus gerechtfertigt.

StR. MAYR wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß ausländische Käufer in Österreich die Mehrwertsteuer rückvergütet erhalten und diese damit für den Kunsthandel ohnedies nicht relevant sei.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen.

Zwtl.: Krankenbeförderungsgesetz

Eine Änderung des Rettungs- und Krankenbeförderungsgesetzes wurde auf Antrag von StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö) ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 20.05 Uhr. (Schluß)  
gab/gg

--- Ende des Sitzungsberichtes ---